

Neue Partei, neues Wahlrecht...

Aktueller politischer Situationsbericht Italien

Italiens Parteiensystem ist wieder einmal in Bewegung geraten. Nachdem auf der Linken der Aufbau einer großen „Demokratischen Partei“ unter Walter Veltroni weitgehend störungsfrei verläuft, steht das oppositionelle Mitte-Rechts-Bündnis unter Zugzwang. Der frühere Ministerpräsident Silvio Berlusconi hat mit seiner Vorhersage eines baldigen Sturzes der Mitte-Links-Regierung unter Romano Prodi nicht recht behalten; Prodi gelang es am 15. November sogar, das Haushaltsgesetz in einer Vielzahl von Einzelvoten trotz einer nur hauchdünnen Mehrheit durch den Senat zu bringen, ohne zum letzten Mittel, nämlich der Vertrauensfrage, zu greifen. Er erfüllte damit eine Bedingung von Staatspräsident Giorgio Napolitano. Berlusconi stand nach diesen Abstimmungen im Senat als Verlierer da, und die Stimmen, die nach seiner Ablösung als Führer des Mitte-Rechts-Blockes rufen, wurden lauter.

Berlusconis neue Partei

Um das Heft wieder in die Hand zu bekommen, kündigte Berlusconi am 18. November überraschend die Gründung einer neuen Partei an. Der frühere Premier bezog sich darauf, dass er in den letzten Wochen auf Italiens Straßen und Plätzen ca. 7 Millionen Unterschriften gegen die Regierung Prodi gesammelt habe. Den Volkszorn vieler Italiener gegen ihre Politiker-Kaste, dazu einige der bislang von dem Komiker Beppe Grillo repräsentierten Anhänger der „Anti-Politik“-Bewegung auf der Rechten und neue Kräfte, die sich in den letzten Monaten vor allem in Norditalien in neuen „Circoli della Libertà“ (Freiheitszirkel) gesammelt haben, will Berlusconi in der neuen Parte

bündeln. Zunächst schien es, als wolle er seine bisherige Kraft „Forza Italia“ in der künftigen Partei aufgehen lassen, doch von diesem Plan scheint er mittlerweile wieder abgerückt zu sein.

Über den Namen der neuen Partei ließ er am 1. und 2. Dezember im Internet sowie an 8.000 Ständen in ganz Italien abstimmen. Dabei setzte sich das von ihm favorisierte „Popolo della Libertà“ (Volk der Freiheit) mit 53 Prozent gegen „Partito della Libertà“ (Partei der Freiheit, 47 Prozent) durch. Die Wahlbeteiligung soll bei etwa drei Millionen gelegen haben – eine Zahl, die von vielen im Links- wie Rechtslager angezweifelt wird. Außerdem sollen 1.176.000 Menschen dabei in die neue Bewegung eingetreten sein. Zum Vergleich: „Forza Italia“ – bis zur Gründung der „Demokratischen Partei“, die aber als solche noch nicht bei Wahlen angetreten ist, die von der Stimmzahl her stärkste Partei Italiens – hat derzeit ca. 400.000 Mitglieder. Sollte die Zahl der Parteieintritte der Wahrheit entsprechen, dann wäre die neue Kraft die erste Partei seit über zwanzig Jahren, deren Mitgliederzahl die Millionengrenze übersteigt.

Die Internetseite des „Popolo della Libertà“ (versoilnuovopartito, zu deutsch „unterwegs zur neuen partei“) bietet bislang wenig mehr als ein Beitrittsformular, bei dem offen bleibt, ob man nun einer Partei oder eher einer Bewegung beitrifft, sowie einen Link zu „Forza Italia“. Ein Kurz-Artikel Berlusconis spricht zudem von einer „Quasi-Revolution“: „Wir wollen die Pyramide der Macht umdrehen... Ab jetzt sind die Bürger oben, das Volk der Freiheit – und aus den Entscheidungen dieses Volkes werden die Vertreter

06. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/paris

und Führer dieser neuen Initiative hervorgehen.“ Das „Volk“ werde in nächster Zeit außerdem „die Programme für uns und unser Land wählen“ können, verspricht Berlusconi. Seine Wortwahl erinnert wohl nicht von ungefähr an die Rhetorik, die das Verschmelzen der „Linksdemokraten“ und der „Margherita“ zur „Demokratischen Partei“ im Mitte-Links-Block in den letzten Monaten prägte. Nach Angaben einer Zeitung plant der frühere Mitte-Rechts-Premier außerdem für den 31. Januar eine „Konstituierende Versammlung“ der neuen Partei – auch dies eine Parallele zu dem, was in letzter Zeit auf der Linken geschehen ist.

Der Begriff „popolo“ (Volk) im Namen der neuen Partei weckt viele Assoziationen: Er erinnert an den Anspruch, Volkspartei zu werden, er evokiert zugleich die „popolari“ (so hieß eine Vorgänger- und eine Nachfolge-Partei der großen, untergegangenen „Democrazia Cristiana“), und er zeugt von dem Willen, Stimme des Volkes gegen „die da oben“ zu sein. Die Worte „della Libertà“ (der Freiheit) im Parteinamen signalisieren darüber hinaus den Willen, zur beherrschenden Sammelpartei im bisherigen Mitte-Rechts-Block zu werden, der ja auch den Namen „Casa delle Libertà“ (Haus der Freiheiten) trug.

Neue „Achse“ Berlusconi-Veltroni

Es ist davon auszugehen, dass Berlusconi auch seine neue Partei, die in vielem der bisherigen „Forza Italia“ ähneln wird, auf europäischer Ebene bei der EVP verortet. Berlusconis neuer Winkelzug geht aber noch über die Parteigründung hinaus: Er führte (erstmal seit seiner Abwahl vom April 06) direkte Gespräche mit Mitte-Links, und zwar mit dem neuen „Demokraten“-Parteiführer Walter Veltroni, dem Bürgermeister von Rom. Dabei ging es in erster Linie um die Reform des Wahlrechts, die sich Präsident Napolitano dringend wünscht.

Nach einer Einigung über das Wahlrecht mit dem Regierungsblock, die er offenbar für wahrscheinlich hält, will Berlusconi dann Neuwahlen – eine Bedingung, die Veltroni bislang zurückweist. Wenn es nach Neuwahlen nicht zur Bildung einer Regierung für ihn

reiche, so ließ Berlusconi außerdem wissen, dann sei er bereit für eine „Große Koalition wie in Deutschland“, zusammen mit den „Demokraten“. Berlusconi präzisierte auch, er sei mittlerweile für das „deutsche Modell“ des Wahlrechts, also für ein Verhältniswahlrecht mit Sperrklausel. Der kommunistische Parlamentspräsident Fausto Bertinotti bemerkt dazu im Gespräch mit dem „Corriere della Sera“ mit anerkennendem Unterton, Berlusconi habe „wie ein Surfer, der auf einer Welle reitet“, aus einer Niederlage im Senat einen gefühlten Sieg gemacht.

Unruhe im rechten Lager

Berlusconis Äußerung, für das „modello tedesco“ zu sein, nehmen seine bisherigen kleineren Partner im oppositionellen Mitte-Rechts-Bündnis als Drohung, könnten sie doch an einer künftigen Prozenzhürde scheitern. „Alleanza Nazionale“-Chef Gianfranco Fini (der frühere Außenminister, einer der beliebtesten Politiker des Landes) hat daraufhin mit Berlusconi gebrochen: Berlusconi eintreten für das Verhältniswahlrecht sei doch nur darauf gerichtet, die „Alleanza Nazionale“ auszuschalten. Fini will auf einem Programm-Parteitag („Fiuggi 2“), dessen Termin zu Jahresbeginn bekannt werden soll, die „Alleanza Nazionale“ noch weiter zur politischen Mitte hin rücken, und zeigt sich offen für eine „Bewegung der Mitte“ zusammen mit der christdemokratischen „UDC“ von Pierferdinando Casini. Diese neue Mitte-Bewegung oder –Partei (was genau daraus wird, hängt ähnlich wie beim „Volk der Freiheit“ vom möglichen neuen Wahlrecht ab) stehe in der Nachfolge der „Democrazia Cristiana“ und orientiere sich auf europäischer Ebene hin zur EVP.

Finis Bruch mit Berlusconi kommt nicht ganz überraschend, weil Berlusconi kürzlich Ehrengast bei der Gründung einer neuen Rechts-Partei namens „La Destra“ unter dem früheren „Alleanza Nazionale“-Politiker Francesco Storace war. Ob Fini und Berlusconi unter Umständen künftig doch wieder zu einer Zusammenarbeit bereit wären, ist schwer zu sagen. Finis Groll reicht tief, und der frühere Premierminister ruft unverhohlen alle jetzigen Mitte-Rechts-Parteien dazu auf, in seinem neuen „Volk der Freiheit“

06. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/paris

„aufzugehen“ oder ihm zumindest „beizutreten“.

Casini („UDC“) zeigt sich für Finis Gedanken einer großen Mitte-Partei, der ohnehin schon seit längerer Zeit in Italien in der Luft liegt, sehr aufgeschlossen. Gleichzeitig ist es für Casini eine Genugtuung, dass jetzt auch Berlusconi auf das „deutsche Modell“ einschwenkt, das die „UDC“ schon lange favorisiert. Über eine Mitte-Partei oder -Bewegung führt Casini schon länger Gespräche mit Justizminister Clemente Mastella, dessen „Udeur“ derzeit zur Mitte-Links-Koalition zählt. Der Spitzenmann der „UDC“ fühlt sich von allen Seiten umworben und scheint sich seine künftigen Partner aussuchen zu können: ob die „Demokratische Partei“ (in der es auch eine christdemokratische Strömung gibt) und die „Udeur“ auf der Linken oder aber die moderaten Kräften (Teile der jetzigen „Forza Italia“ und eine weiter zur Mitte wandernde „Alleanza Nazionale“) auf der rechten Seite. Als möglicher Spitzenkandidat einer „Cosa bianca“ (Weiße Sache), also einer künftigen christdemokratischen Mitte-Partei in der Nachfolge der „Democrazia Cristiana“, ist Luca Cordero di Montezemolo, der derzeitige Präsident des nationalen Unternehmerverbandes, im Gespräch.

Prodis Regierung in Schwierigkeiten

Dass Berlusconi und Veltroni sich getroffen und über das Wahlrecht gesprochen haben, hat nicht nur Berlusconis Partner im „Centrodestra“ beunruhigt. Auch im Mitte-Links-Lager ist Besorgnis spürbar. Prodi und andere führende Kräfte der „Demokratischen Partei“ erinnerten nach Zeitungsberichten Veltroni in einer internen Besprechung sehr deutlich daran, dass er auch als Parteiführer nicht einfach, ohne sie einzubeziehen, den Ausgleich mit Berlusconi suchen dürfe. Dahinter steht die Sorge, Veltroni könne es müde werden, der Regierung zuzuarbeiten, und mit Berlusconi zusammen auf baldige Neuwahlen zusteuern, um bald selbst in den „Palazzo Chigi“ des Ministerpräsidenten einzuziehen. „Die Mauer des Hasses zwischen Links und Rechts ist gefallen“, meinte eine Zeitungskarikatur nach dem Treffen Berlusconi-Veltroni, um dann

fortzufahren: „... und sie hat Prodi unter sich begraben.“ Der römische Bürgermeister soll aber beteuert haben, er wolle nicht den Sturz der Regierung, sondern „ein Jahr der Reformen 2008“. Wie auf der Rechten, so fürchten auch kleinere Parteien auf der Linken (etwa die „Udeur“ oder die Grünen), dass eine Einigung der großen Parteien über ein neues Wahlrecht auf ihre Kosten gehen wird.

Noch etwas bereitet der Regierung Schwierigkeiten: Das Haushaltsgesetz, das sie im Senat doch mit so eindrucksvollem Zusammenhalt beschlossen hat, führt bei seiner Lesung im Parlament überraschend zu neuem Zwiß in der Koalition. Bei einer wichtigen Abstimmung über das Sozialbudget enthielten sich die kommunistischen Abgeordneten der Stimme, „um Prodi ein Signal zu geben“. Die wachsende Unzufriedenheit der radikalen Linken, welche schon seit Monaten das Aufkommen der „Demokratischen Partei“ mit großer Unruhe beobachtet, wird wie schon 1998 zum Spaltpilz der Regierung Prodi.

1998 war es Fausto Bertinotti, der durch den Auszug seiner „Kommunistischen Neugründung“ für den Sturz Prodis sorgte. Auch diesmal scheint Bertinotti, nun Parlamentspräsident, wieder die Losung für ein Ende der Koalition auszugeben: Im Gespräch mit der „Repubblica“ vom 4.12.07 erklärt er die Koalition rundweg für „gescheitert“. Der reformerische Ehrgeiz des Anfangs sei ins Leere gelaufen, eine klare Alternative zu Berlusconi sei nicht erkennbar geworden, stattdessen habe sich der Graben zwischen der Linken und dem Volk vertieft. „Wir“, so Bertinotti wörtlich, „sind schon jenseits der Unione“ (also jenseits des Regierungsbündnisses). Die „Kommunistische Neugründung“ werde deshalb im Frühjahr 2008 ihre Mitglieder über einen Verbleib oder einen Austritt aus der Regierung abstimmen lassen.

Doch noch vor dieser Abstimmung will Prodi im Januar die führenden Kräfte seiner Koalition um sich versammeln, eine Zwischenbilanz ziehen und neue, verbindliche Absprachen für die nächsten Regierungsprojekte bis zum Ende der Legislaturperiode 2011

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO ITALIEN

STEFAN V. KEMPIS

06. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/paris

zustande bekommen. Und schon Mitte Dezember will er das Mitte-Links-Lager dazu bringen, sich auf ein neues Wahlrecht zu verständigen. Dieser Gesetzentwurf soll dann möglichst noch bis Weihnachten, spätestens aber Ende Januar im Senat eingebracht werden. Das wäre ungefähr zeitgleich zur Entscheidung des römischen Verfassungsgerichts über ein mögliches Referendum zum Wahlrecht, das in vielen Parteien rechts wie links Befürchtungen auslöst – und das wohl nur durch eine schnelle Einigung der politischen Lager in diesem Bereich noch verhindert werden kann.

Ausblick

Die Aussichten auf eine baldige Reform des italienischen Wahlrechts haben sich deutlich erhöht; der Trend geht zum Verhältniswahlrecht mit Prozenzhürde. Ein Sturz der Regierung Prodi in den nächsten Monaten ist trotz drohender Worte Bertinottis etwas unwahrscheinlicher geworden. Im Januar könnte die Regierungsarbeit neu Fahrt aufnehmen, möglich ist auch eine Regierungsumbildung, bei der Veltroni vielleicht ins Kabinett eingebunden wird.

Für Italiens künftige Parteienlandschaft schälen sich vier größere Blöcke heraus: Rechts eine Berlusconi-Partei sowie eine Partei (bzw. Bewegung) unter Fini/Casini, die beide um den ersten Platz in der Mitte kämpfen und die beide zur EVP gehören wollen; und links die „Demokraten“ sowie ein lockerer (vielleicht mit der Zeit auch fester werdender) Verbund kleinerer linksradikaler Kräfte.



Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Außenstelle Paris
Telefon
+33- 1 56 69 15 00
Telefax
+33- 1 59 69 15 01
Mail
kas@kas-paris.fr
Internet
www.kas-paris.fr